

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O 27, Andreasstr. 61 III, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Verbandsgeneralversammlung. — Wieder Kriegsweihnacht. (Gebicht). — Friede auf Erden! — Wird die Altersgrenze bei der Altersversicherung herabgesetzt? — Wo bleibt die Textilarbeiterfürsorge in Preußen und Württemberg? — Aus der sächsisch-thüringischen Wollweberei. — Die Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter in Löhau i. S. — Wie steht es mit der Nachzahlung der Erwerbslosenunterstützung in den Gemeinden? — Kündigung des Burgfriedens durch die Schlesiens Textilwerke in Landeshut in Schlesien. — Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln. — Streckung von Butter und Schmalz. — Freigabe von Baumwolle für Spinnwebfabriken. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Feuilleton: Die Textilfabrik in der Feuerzone.

## Verbandsgeneralversammlung.

Der Vorstand, der Ausschuss und die Gauleiter haben beschlossen: Die für 1916 fällige ordentliche Generalversammlung wird während der Dauer des Krieges nicht einberufen. Der Vorstand sieht deshalb von der Einberufung der Generalversammlung ab, weil ein großer Teil der sonst im Verband tätigen Mitglieder zum Meer eingezogen ist; diese Mitglieder wären somit von der Delegation und Mitberatung ausgeschlossen. Die Generalversammlung würde aber auch, wenn sie noch während der Dauer des Krieges abgehalten werden könnte, in ihren Beschlüssen sehr behindert sein. Unmöglich würde es sein, die Beitrags- und Unterstützungsfragen zu regeln, da ja kein Mensch während der Dauer des Krieges weiß, wie sich später das geschäftliche Leben gestaltet. Auch zur Beratung und Einleitung sonstiger Aktionen würde die Zeit ungeeignet sein.

Nach Beendigung des Krieges wird der Vorstand, sobald es nötig ist, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.  
Der Zentralvorstand.

## Wieder Kriegsweihnacht.

Die zweite Kriegsweihnacht  
Das Christenvolk sich anschickt zu begeben.  
An allen Grenzen steht man noch auf Wacht  
Und überall noch Kampfesfahnen wehen.  
Zwar ist der Kampfesgeist schon ein wenig schwach,  
hat die Erbitterung sich nun schon gelegt —  
Doch nachzugeben ist man noch zu wach  
Und überall noch zu sehr kampfbewegt.  
So ist der Kampf denn schwach und schwächer worden,  
Doch nicht der Starckinn, der zum Kampf geführt.  
Zwar schwächer ist das gegenseitige Morden,  
Doch Friedensstimmung nicht die Herrschaft führt.  
Wohl ist von Friedenssehnsucht überall zu hören,  
Doch alle wollen auch den Siegespreis.  
Wer soll da wohl Gott Mars beschwören,  
Dah er verenge seinen Herrschaftskreis?

Erbitterung hat dem Starckinn weichen müssen,  
Und Starckinn wird in Gleichmut sich wohl wandeln,  
Wenn weite Kämpfe weite Wunden rissen;  
Dann ist man wohl bereit zu unterhandeln.  
Noch weite Opfer denn auf allen Seiten!  
O, es ist graufig, doch nur allzu wahr:  
Zum zweiten Male Völker blutig streiten  
Um Feste, das sonst Friedensbotschaft war.  
P. W.

## Friede auf Erden!

☆ Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wo sind die Engelsstimmen, die zu Weihnachten 1915 der nach Frieden dürstenden Menschheit Europas die freudige Botschaft verkündigen könnten, die sie nach der biblischen Geschichte vor langer Zeit einer Anzahl Sirten auf Bethlehems Fluren verkündet haben sollen? Wo ist der Friedensfürst, der dem Satan des Krieges den Todesstoß versetzt, ihn hinabstößt in den Pfuhl ewiger Verbannung, um der Menschheit zu geben den Frieden und ein Wohlgefallen am Leben?  
Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Ganz andere Bedeutung, einen ganz anderen Wert hat heute dieses angeblich von Engeln stammende Wort. Zweimal hintereinander wird der Klang der Weihnachtsglocken übertönt durch das Brüllen der Tod und Verderben speienden Kanonenschlände. Weite Gebiete unserer europäischen Mutter Erde sind verwüstet und mit ungeheuren Strömen von Menschenblut getränkt. Hundert-

tausende von Frauen beklagen den Tod ihrer Gatten oder Söhne und Millionen von Kindern stehen vor zertrümmertem Familienglied. Tot ist der Vater, weg ist die Hauptstütze der heranwachsenden Jugend und noch immer vernimmt die Menschheit nicht den Ruf: Friede auf Erden!

Warum das alles? Warum dieser furchtbare Vernichtungskampf? Zeigt sich denn noch kein Lichtblick, der ankündigt den Ausgang aus diesem Tal des Jammers und des Todes? So und ähnlich lauten die Fragen, die im Volke aller vom Kriege direkt und indirekt heimgesuchten Länder aufgeworfen werden. Und diese Fragen, sie sind berechtigt. Man möchte verzweifeln an der Menschheit, wenn heute, nachdem die Kriegesfurie 1 1/2 Jahre wütet, nachdem schon Millionen von Männerleben vernichtet, Hunderttausende zu Krüppeln geschlagen worden sind, solche Fragen nicht gestellt würden.

Auch im Deutschen Reichstage wurde in diesem Monat der Erinnerung an die Himmelsbotschaft vom Friede auf Erden und von der Geburt des Friedensfürsten, die Frage an die deutsche Regierung gestellt, ob sie sagen könne, unter welchen Bedingungen sie bereit sei, Frieden zu schließen. Aus der Tagespresse haben unsere Mitglieder entnehmen können, was die Regierung geantwortet hat. Irgendwelche Hoffnung auf baldigen Frieden hat diese Antwort nicht erweckt. Nicht, daß es der Regierung etwa am Friedenswillen mangle; aber sie ist der Meinung, daß es als Schwäche Deutschlands angesehen werde, wenn von hier aus zuerst die Friedenshand ausgestreckt werde. Es ist sehr zu beklagen, daß die Verhältnisse so liegen, daß sie zu einer solchen Antwort der Regierung Anlaß gaben. In England hat die Lügenpresse die Friedensinterpellation der deutschen Sozialdemokraten hingestellt als einen Trick oder eine Intrige, und in Frankreich hat der sozialistische Unterstaatssekretär Thomas, der Munitionsmminister, am Sonntag, den 5. Dezember d. J., in einer Rede auf dem Schlachtfelde von Champagne ausgerufen:

„Kein Friede, bevor unser Lothringen und unser Elsaß nicht endgültig in die französische Einheit zurückgeführt sind... Was auch unsere Schmerzen sein mögen, was auch unsere Opfer gewesen seien, wie groß auch eines Tages unsere Ermattung sein kann, wir werden bis ans Ende gehen.“

Wir meinen, ehemalige Apostel des Völkerefriedens sollten in der jetzigen Zeit eine andere Sprache führen. Die Völker denken sicher in dieser Frage anders, als die Wortführer der kriegshekerischen Presse und solcher Minister. Die Völker stehen zu dem Engelsworte: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Die Völker wollen nichts wissen von dem Ende, bis an das der französische Munitionsmminister Thomas sie gehen lassen will, nämlich bis an das Ende der Kräfte der Völker.

Auch die französischen Soldaten sagen: Es ist genug! Pierre Loti, der französische Dichter, war bei ihnen an der Front bei Soisson, und er gibt in einem Schreiben bekannt, daß das Sinnen und Trachten der französischen Soldaten im Schützengraben nicht darauf gerichtet ist, den deutschen Soldaten nach dem Leben zu trachten, sondern daß sie diesen ihren Waffengegnern am liebsten zurufen möchten: „Genug dieses Spiel mit dem Tode! Sind wir nicht alle Menschen und Brüder? Kommt heraus aus euren Höhlen und reicht uns die Hand!“

Das klingt anders als die Bramarbasierereien vom „Gang bis zum Ende“.

Romain Rolland in Frankreich, der hochangesehene Künstler und Gelehrte, zitiert in der „Literarischen Woche“ einen französischen Soldatenbrief von der Front, in dem das Gegenteil von dem zu lesen ist, was die Leute vom „Kampf bis ans Ende“ verstehen.

„Alles, was ich gesehen und gehört habe, hat mich darin bestärkt, daß der Krieg von allen, die daran beteiligt sind, von ganzem Herzen verabscheut wird. Der lebhafteste Wunsch des „Boilu“ (der Härtige — Spitzname des französischen Soldaten) ist der, nach Hause zurückzukehren und niemals wieder anzufangen. Ich stehe dir dafür ein, daß die Krieger von heute die zuverlässigsten Pazifisten (Friedensfreunde) der Zukunft sind. All diese Männer, die der Krieg zusammenrief, haben nur den einen Wunsch, daß er sich niemals wiederholen möge und daß es ihren Söhnen erspart bleibe, seine Schrecknisse kennen zu lernen, und nur deshalb wollen sie trotz ihrer Müdigkeit bis zum Ende aushalten.“

Und wer wollte es wagen, zu bestreiten, daß dies die Gedanken und Empfindungen der Männer sind, die in den vielen Monaten die Schrecknisse des Krieges durchgemacht haben?

Friede auf Erden! Kann man sich größeren Tybel vorstellen, als den, der ausbrechen würde, wenn am Tage der Wiederkehr des Weihnachtstfestes den Soldaten die Erlösung gebracht würde, aus den Schützengräben, den Erdhöhlen und Etappenlagern?

Unsere Erde hat Platz genug für alle Menschenkinder, sie hat Platz genug, um allen Menschen ein Leben zu ermöglichen, an dem sie Wohlgefallen finden. Ist es da nun nicht endlich Zeit, daß sich die Völker Europas, die sich bis jetzt in dieser Kriegszeit Vernichtung schworen, zurückfinden aus dieser furchtbaren Verirrung, zurückfinden auf den Weg der Menschenliebe? Nicht Völkerehag, sondern Völkerefrieden gilt es nun zu stiften. An diese segensbringende Aufgabe ermahne alle Menschen in diesem Jahre die Friedensbotschaft von Bethlehem.

Friede auf Erden!

## Wird die Altersgrenze bei der Altersversicherung herabgesetzt?

☆ Vor einigen Wochen erschien eine Denkschrift der Reichsregierung, in der auf Grund von Berechnungen von Versicherungsmathematikern gesagt wurde, es sei nicht möglich, die bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung für jetzt in Aussicht genommene Herabsetzung der Altersgrenze bei der Reichsversicherungsordnung vorzunehmen. Diese Mitteilung verurteilte in den Kreisen der Arbeiter große Aufregung. Denn schon vor 1907 waren sich alle Parteien im Reichstage einig darin, daß die Herabsetzung dieser Altersgrenze zum mindesten auf 65 Jahre nötig sei. Sämtliche Parteien hatten damals Initiativanträge gestellt. Seitdem sind schon wieder 8 Jahre verfloßen. Alles war der Meinung, daß spätestens bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung die Herabsetzung erfolgen werde. Auch das geschah nicht; man schob die Sache noch bis jetzt hinaus. Und nun sollte die Herabsetzung wieder hinausgeschoben werden.

Erfreulicherweise ist nun aber diesmal im Reichstag keine Neigung vorhanden, die Sache weiter zu verschleppen. Es ist auch wirklich keine Ursache dazu vorhanden. Im Hauptauschuß des Reichstags hat man sich dieser Lage mit der Sache beschäftigt und dort hat der auf dem Gebiete der sozialen Versicherungsangelegenheit sehr gut vertraute Abgeordnete Molkenbuhr den Nachweis erbracht, daß die Bedenken der Regierung nicht stichhaltig sind. Molkenbuhr machte nachstehende Ausführungen:

„Die Altersversicherung ist sehr populär, denn man weiß, wie schwer es für alte Leute ist, ein Arbeitsunterkommen zu finden. Ein Unglück ist es für diese Leute, wenn sie noch so viel Arbeitskraft haben, daß sie die Invalidenrente nicht erhalten können. Für die Versicherung ist das ein Vorteil; sie hat aber auch Nutzen davon, wenn der Versicherte vor Invalidität bewahrt und als Beitragszahler erhalten wird. Von 608 169 Personen, die in den Jahren 1909 bis 1913 Invalidenrente erhalten haben, waren 308 104 über sechzig Jahre alt. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre ist schon deshalb nötig, um die Reichsversicherungsordnung mit der Angestelltenversicherung in Einklang zu bringen. Für Angestellte mit weniger als 2000 Mk. Gehalt soll ein Gesetz das andere ergänzen. Die Regierung sträubt sich nur deshalb dagegen, weil es Geld kostet. Die Kosten betragen höchstens 4 1/2 Millionen Mark. Das wird man nach dem Kriege wohl auch noch aufbringen können. Der Einwand, daß die Herabsetzung der Altersgrenze eine Beitragserhöhung nötig mache, ist nicht ernst zu nehmen, denn eine so geringe Beitragserhöhung kann gar nicht erhoben werden. Die Erhöhung der Wochenbeiträge um nur 2 Pf. pro Woche würde allein schon 16 Millionen Mark bringen. Die Regierung hat von jeher erklärt, daß die Reichsversicherung dem Bankrott entgegengehe; statt dessen werden die finanziellen Unterlagen ständig gesicherter. Der Redner belegt das mit Zahlen. Ein großer Teil der rechnerischen Anwartschaften wird nie Wirklichkeit. Die Anwärter scheiden zum Teil aus der Versicherung aus; Frauen, die sich verheiraten und aus der Versicherungspflicht ausscheiden; Versicherte, die selbständig werden; Versicherte, deren Einkommen so steigt, daß sie die Versicherung aufgeben; Versicherte, die sterben; durch Auswanderung, speziell ausländische Urlauber. Die theoretisch bankrotte Versicherungseinrichtung sammelt in der Praxis märchenhaft erscheinende Kapitalien an. Es gibt auf der Welt kein Geldinstitut, welches über ein annähernd so großes Vermögen verfügt wie die Träger der Invalidenversicherung. Man kann den Mathematikern keinen Vorwurf machen, wenn sie eine vorsichtige Rechnung aufstellen, man sollte aber nicht versuchen, Fehler zu erhalten. Die Arbeiterversicherung ist etwas anderes als ein Versicherungsgeschäft. Die Versicherten können die Versicherung nicht aufgeben. Bei Berechnung der wahrscheinlichen Belastung werden nicht nur alle ungünstigen Faktoren eingeseht, sondern künstlich welche konstruiert. Ein klassisches Beispiel war die Belastungsberechnung für die Berufsgenossenschaften. Nach den Belastungsberechnungen sollte die Berufsgenossenschaft 1910 auf je 1000 Versicherte 153 Witwen haben; tatsächlich hatte sie 17, also genau 1/6 der erwarteten Zahl. Ungünstige Unterlagen hat man bei dem Abchnitt Hinterbliebene n e n b e r s i c h e r u n g künstlich konstruiert. Man hatte gute Unterlagen, aber man benutzte sie nicht. Im Juni 1907 waren



die Waisen gezählt und festgestellt, daß 854 645 unter 15 Jahre alte waiselose Kinder in Deutschland lebten. Man braucht nur die auszufordern, deren Väter nicht verstorben waren, und man hätte eine gute Unterlage gehabt. Das tat man nicht, und so wurde künstlich eine höhere Zahl konstruiert. Ferner ermittelte man, daß 1882 774 480 Arbeiterwitwen gezählt wurden und jagte, wo Witwen find, sind auch Waisen. Um nun eine Zahl zu haben, wurde behauptet, daß jede Witwe so viel Kinder habe, wie die Witwen der durch Unfall getöteten Arbeiter im Jahre 1908 hatten, nämlich 10 000 Witwen, 13 467 Kinder. Dazu wurden noch 4,5 Proz. Volkswaisen gezählt, und man kam auf 1 057 700 Waisen.

Beide Ziffern sind ansehnlich. Nach alledem ergibt sich, daß die Regierung mit nicht zutreffenden Unterlagen arbeitet. Die ganzen Mehrkosten belaufen sich auf 4½ Millionen Mark. Mit Rücksicht darauf hat der Reichstag die Pflicht, die Herabsetzung der Altersgrenze durchzusetzen.

Bei der am anderen Tage vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre einstimmig angenommen.

### Wo bleibt die Textilarbeiterfürsorge in Preußen und Württemberg?

Woche um Woche verrinnt. Der Bundesrat hat Mitte November d. J. die Art der Verwendung der Gelder beschlossen, die das Reich zur Unterstützung erwerbsloser Textilarbeiter zur Verfügung gestellt hat — bekanntlich sind es 200 Millionen Mark — und noch immer behaupten Territorialbehörden, daß ihnen amtlich noch gar nichts bekanntgegeben sei. Vor einigen Tagen fand in Frankfurt a. O. unter dem Vorsitz des Herrn Regierungspräsidenten eine Konferenz von Vertretern der Behörden, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, auf welcher ein Vertreter unseres Verbandes darauf verwies, daß doch der Reichstag Gelder zur Unterstützung der ganz oder teilweise erwerbslosen Textilarbeiter bewilligt und der Bundesrat entschieden habe, daß die Unterstützung rückwirkend bis zum 1. Oktober zu gewähren sei, und da bezeichneter man die Ausführungen unseres Vertreters als ein Märchen. Wir fragen: Woran liegt es, daß die Territorialbehörden im Lande nicht unterrichtet, oder wenigstens nicht alle unterrichtet sind? Denn — das Rätsel wird immer verwickelter — wir haben dieser Tage das Rundschreiben eines Landrates in Schlesien in Händen gehabt, das Mitteilungen enthielt, die dem Landrat von einer ihm übergeordneten Behörde zugegangen sein mußten. Wie liegt es also? Einzelne Orte, wo die Arbeiter Einfluß auf die Verwaltung haben, machen etwas, andere hingegen rühren sich gar nicht. Manche Gemeindevorsteher sind auch so unbedarft in der Verwaltungsorganisation in Preußen, daß sie ohne Anweisung von höherer Stelle keinen Schritt zu unternehmen imstande sind. Dafür einen Beweis. Unser Brandenburger Gauleiter sandte vor kurzem an sämtliche Gemeindevorsteher von Orten, in denen Textilarbeiter wohnen, ein Rundschreiben, in dem er darauf hinwies, daß die Gemeinden die Träger der Erwerbslosenunterstützung für Textilarbeiter seien und daß die Regierung zur Tragung der Kosten einen erheblichen Betrag beisteuere. Der Gemeindevorsteher eines Niederlausitzer Ortes kam freudestrahlend zu einem Gemeindevorsteher und sagte ihm, es sei ein Schreiben der Kgl. Regierung da, in dem mitgeteilt werde, daß die erwerbslosen Textilarbeiter aus Reichsmitteln unterstützt würden. Als sich daraufhin der Gemeindevorsteher das Schreiben anfang, sah er, daß es nicht von der Königl. Regierung, sondern von der Gauverwaltung unseres Verbandes in Berlin war. Man kann aus diesem

Vorgange leicht ermessen, wie es da in mancher Gemeinde um die Initiative für die Erwerbslosenfürsorge bestellt ist. Manche Gemeinden hatten schon lange aus eigener Initiative etwas getan; z. B. Langenbielau in Schlesien, wo die Arbeitervertreter im Gemeinderat dafür gesorgt hatten, daß eine Fürsorge für ganz oder teilweise Erwerbslose geschaffen wurde. Langenbielau war mit einer der ersten Orte, die das getan hatten. Und wenn es sich hinsichtlich der Höhe der Unterstützung nicht messen konnte mit Textilgemeinden in Bayern und in anderen Bundesstaaten, so gab man sich doch dort zufrieden. Man hoffte, daß schließlich nun, nachdem das Reich mit finanzieller Hilfe hinter die Gemeinden getreten war, noch etwas mehr getan werden würde. Diese Hoffnung ist sehr getäuscht worden. Es ist hinter dem Rücken der Arbeitervertreter eine Minderung getroffen worden, die eine wesentliche Verschlechterung darstellt. Der „Reichenbacher Volksbote“, ein bürgerliches Blatt, wie auch das dortige Arbeiterblatt, der „Proletarier aus dem Eulengebirge“, weisen in Erklärungen mit Recht darauf hin, daß ein solches Vorgehen, bei dem man noch den Anschein zu erwecken suchte, als sei ein Vertreter der Arbeiter an der Verschlechterung beteiligt gewesen, eine arge Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter darstelle. Gerade in den Textilorten des Eulengebirges ist die Notlage der Textilarbeiter so erheblich, daß man es einfach unfassbar findet, die bis hier gewährte Unterstützung geringfügiger bemessen. Es hat inzwischen eine weitere Konferenz im Kreise Reichenbach getagt; hoffentlich ist da etwas Besseres herausgekommen.

Auf der oben erwähnten Konferenz in Frankfurt a. O. beantragten die anwesenden Unternehmer, der Herr Regierungspräsident solle einmal bei der Regierung Erkundigungen einziehen, ob es zutreffend sei, daß Reichsmittel für die erwerbslosen bzw. im Erwerb stark beschränkten Textilarbeiter zur Verfügung stehen. Damit ging die Konferenz auseinander.

Auch in Württemberg läßt man sich ungewöhnlich lange Zeit mit den Maßnahmen zur Steuerung der Not unter den Textilarbeitern, welche infolge der Eingriffe der Militärbehörde in das Produktionsleben der Textilindustrie entstanden ist, und noch weiter entziehen wird. Es befremdet das um so mehr, als in früheren Jahren Württemberg in dem Rufe weitaussehender sozialpolitischer Fürsorge stand.

Um der württembergischen Regierung Anlaß zu geben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, hat unsere Zentralverwaltung an das Königl. württembergische Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, in der zunächst auf die Maßnahmen der Militärverwaltung hingewiesen wird, die zu der Notlage der Textilarbeiter führen, und in der es dann heißt:

„Als notwendige Folge dieser von der Seeresverwaltung im Interesse des Krieges vorgenommenen Maßnahmen mußte notwendig eine starke Arbeitslosigkeit innerhalb der deutschen Textilarbeiterschaft sich einstellen, und als Folge der Arbeitslosigkeit eine über das normale Maß weit hinausgehende Notlage der betroffenen Proletarier.“

In Baden und in Bayern haben die Landesregierungen mittels Durchführung von Unterstützungsaktionen dieser Notlage zu steuern gesucht. In Sachsen ist man in der Durchführung begriffen. Ganz besonders musterhaft ist Bayern vorgegangen. In allen drei Bundesstaaten sind Bestimmungen über Unterstützung speziell für arbeitslose oder beschränkt arbeitende Textilarbeiter und -arbeiterinnen außerhalb des Rahmens der allgemeinen Erwerbslosen-Fürsorge geschaffen worden. Leider können wir nicht das gleiche von Württemberg konstatieren; obwohl das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe schon im Juni erlassen wurde, ist bis heute,

am 11. Dezember, speziell für Textilarbeiter und -arbeiterinnen, noch nichts geschehen. Die innerhalb des Rahmens der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge für normale Zeiten geltenden Bestimmungen und Unterstützungssätze genügen bei weitem nicht, um die außerordentliche Notlage der Textilarbeiter und -arbeiterinnen soweit zu lindern, wie es nicht nur das Interesse der betreffenden Arbeiterschaft, sondern auch das Interesse des Landes erfordert. Auch die Wünsche und Absichten der Reichsregierung, welche laut in der Budgetkommission des Reichstages ausgesprochen wurden und dann weiter in den bekannten Beschlüssen des Bundesrats ihren Niederschlag fanden, bleiben bei diesen Bestimmungen unberücksichtigt.

Es muß weiter in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, daß dort, wo man in Württemberg mit Rücksicht auf die Textilarbeiter-Fürsorge Beschlüsse gefaßt hat, diese Beschlüsse auf die Arbeiterschaft geradezu beunruhigend wirken müssen. Wir gestatten uns, nur auf Göppingen hinzuweisen. Die Arbeitslosen-Unterstützung beträgt dort für jeden Kalendertag für Verheiratete, Mann und Frau zusammen, 1,40 Mk. Für Kinder gibt es entsprechende Zuschläge. Diese Unterstützungssätze können in der heutigen Zeit nicht ernst genommen werden. Dabei steigert sich angesichts der zunehmenden Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände die Notlage der beschäftigungslosen oder beschränkt arbeitenden Textilarbeiter ständig. Lohnstatistische Aufnahmen in Reutlingen-Unterhaußen ergaben ein Einkommen pro 14 Tage inkl. Entschädigungen von 16 Mk. bis 30 Mk.

Der unterzeichnete Vorstand glaubt deshalb keine Fehlbilte zu tun, wenn er dem Königl. Ministerium des Innern nahegelegt, endlich die Angelegenheit für Württemberg generell zu regeln. Es ist das um so mehr zu erwarten, als das Reich namhafte Zuschüsse zu den Unterstützungsansprüchen für Textilarbeiter leistet. Um von vornherein der Aktion eine gesunde Basis zu geben, dürfte, wie das in den anderen Bundesstaaten geschehen ist, auch in Württemberg die Einberufung einer Landeskonferenz unter Einziehung württembergischer Vertreter der Textilarbeiterorganisationen und je eines Vertreters der Verbandsvorstände aller beteiligten Textilarbeiterverbände am Platze sein.

Eine zustimmende Rückäußerung erhoffend, zeichnet hochachtungsvoll  
Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.  
J. A.: Germ. Jädel, M. d. R.

Wer die Verhältnisse in den Textilorten Württembergs, vor allem in den kleinen Landstädten und Dorfgemeinden kennt, wird uns zustimmen, wenn wir sagen, daß in Württemberg nur eine solche zentrale Regelung der Erwerbslosenfürsorge für die Textilarbeiter möglich ist, wie sie die bayerische Regierung geschaffen hat.

### Aus der sächsisch-thüringischen Wollweberei.

Die Wollwebereien in dem Gebiet der Unternehmungen, die in dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien vereinigt sind, werden von dem Weltkriege sehr erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Diese Industrie arbeitet viel für den Export; an dem es natürlich jetzt mangelt. In Greiz wurde im Monat November eine Bestuhlstatistik aufgenommen, von der 906 Webestühle erfasst wurden. Davon waren 2304 = 24,5 Proz. besetzt und 7102 = 75,5 Proz. waren unbesetzt. Sieben Betriebe waren vorhanden, wo gegenwärtig Weber und Weberinnen nicht beschäftigt werden. Bei Aufnahme der Statistik

### Die Textilfabrik in der Feuerzone.

Der „Frankf. Ztg.“ ging folgende interessante Schilderung zu über die Aufrechterhaltung des Betriebes einer in der Feuerzone des westlichen Kriegsschauplatzes gelegenen Textilfabrik:

Die meisten werden wohl annehmen, daß hier im Operationsgebiete und in der Feuerlinie die industriellen Betriebe völlig stillliegen; sie machen sich keine Vorstellung, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, um unsere Fabrik — eine Spinnerei und Weberei — mit noch ungefähr 400 Arbeitern so dicht am Feinde im Gange zu halten.

Bei Kriegsbeginn konnte es sich für uns nicht — wie für viele Betriebe im Innern des Reiches — in erster Linie darum handeln, Lieferungen aufzunehmen und uns einen entsprechenden Gewinn zu sichern, sondern es trat an uns sofort die Pflicht heran, ohne Aussicht auf einen sicheren Absatz der Waren unseren bisherigen Arbeitern die Möglichkeit zum Verdienst ihres Lebensunterhalts zu wahren. Obwohl viele von ihnen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung angehören, war dieser Verdienst doch ein dringendes Bedürfnis, weil fast im ganzen Gebiete der landwirtschaftliche Betrieb unterbunden und ein großer Teil der Ernte verloren war. Die Dörfer liegen kaum ein bis zwei Kilometer hinter den Schützengräben, zum Teil vor und zwischen den feuernden Artilleriestellungen. Im August wurde die Feldarbeit zweimal durch die vorübergehende Besetzung der Gegend durch die Franzosen unterbrochen, jedesmal eine Woche lang. Beschädigungen von Gebäuden waren glücklicherweise nur in denjenigen Dörfern entstanden, die im eigentlichen Gefechtsbereich lagen. Im übrigen wurden vom Feinde die Verkehrsanlagen wie Bahnkörper, Telephon und Telegraphen stark beschädigt oder ganz zerstört. Daraus entspringt für uns die Hauptschwierigkeit. Die nächste noch an den Verkehr angeschlossene Bahnstation war 15 Kilometer, und Mühlhausen, das für die geschäftlichen Beziehungen in Frage kam, 24 Kilometer entfernt. Die Postverbindung war in den ersten Monaten auf Wochen unterbrochen, später auf lange Zeit hin gefährdet und sehr unregelmäßig.

Anfangs bestand wenig Hoffnung auf die Aufrechterhaltung des Betriebes. Erst allmählich konnten wir uns orientieren und mit der Kundschaft wieder Fühlung gewinnen; das erforderte manche langwierige, beschwerliche Reise. Die größte, fast unüberwindliche Schwierigkeit lag aber in der Beschaffung der Rohstoffe, die anfangs nicht zugebracht werden konnten. Handelte es sich doch um einen täglichen Bedarf von 12 000 bis 14 000 Kilogramm Rohlen und Baumwolle. Alle in Betracht kommenden Zufahrtsstraßen

lagen im Feuerbereich der feindlichen Artillerie und Infanterie, und mindestens sechs Doppelgespanne sollten täglich gefahren werden. Da fanden sich in den Dörfern mutige Bauern, die mit ihren Ochsenwagen den gefährlichen Transport übernahmen. Es gehörte mehr dazu als nur Aussicht auf guten Verdienst, die Leute fühlten sich verpflichtet, das Ihrige beizutragen, damit die Dorfgemeinden bald wieder ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Mit einer Ladung waren sie oft 16 Stunden unterwegs, bei schlechtem Winterwetter, bei Tag und bei Nacht, da sie oft Feuerpausen abwarten mußten, um über die gefährlichsten Teile der Straße zu gelangen. Meistens fuhren sie unter dem Feuerbogen der Granaten hin, die mit Heulen und Rischen über das Tal hinflogen; zuweilen wurden sie auch von Schrapnell- und Infanteriefiren überrascht, so daß sie die Gespanne auf gut Glück ihrem Schicksal überlassen und in den Straßengräben Schutz und Deckung suchen mußten. Die Wagen zeigten manche Spuren von Geschossen und etliche haben durchgeschossene Radspeichen aufzuweisen. Des Nachts wurden sie mitunter von den Scheinwerfern entdeckt und festgelegt; sie entkamen dann wohl nur deshalb unbeschossen, weil sie als harmlose Bauerngespanne erkannt wurden. Die Gefahr war noch größer, so lange die in nächster Nähe mit der Straße parallel laufende Bahntrasse von Panzerzügen befahren und vom Feinde fortgesetzt unter Feuer gehalten wurde. Monatslang haben diese Männer unter solchen Verhältnissen ihren schweren Dienst fast täglich versehen und unter steter Lebensgefahr eine freiwillig übernommene Pflicht erfüllt.

Nun die Arbeiter selbst! Zumeist sind es Frauen, Mädchen und Jungen. Aus dem direkt hinter den Schützengräben liegenden Dörfern kommen sie täglich auf denselben gefährlichen Straßen zur Arbeit. Oft legen sie laufend die eine halbe bis eine Stunde langen Wege zurück, von Zeit zu Zeit in den Straßengräben Deckung suchend. Geschützdonner und einschlagende Granaten werden kaum mehr beachtet, vor Schrapnell- und Infanteriefiren muß aber manches Mal geflüchtet werden. Die Aufrechterhaltung des Betriebes war uns oft schon für den nächsten Tag als unmöglich erschiene, wenn die Nacht mit dem Getöse von Artillerie- und Infanteriefiren erfüllt war; doch am Morgen standen unsere braven Leute wieder alle bei ihren Maschinen. Wenn dann noch während der Arbeit aus der Richtung ihrer Heimatdörfer der Donner der Geschütze und der Knall einschlagender Granaten vernommen wurde, beschlich sie oft ein Gefühl der Ungewißheit, ob nicht Eigentum und Familie gefährdet seien. Wieder andere Tage heulen ununterbrochen die Granaten über die Fabrik hinweg, oft blitzen in nächster Nähe die Geschütze unserer Artillerie auf, und dann hängt uns um die Sicherheit unserer Leute bei dem Gedanken, daß die ant-

wortende feindliche Artillerie ihre Geschosse in die Arbeitsräume senden könnte; doch trotz bedenklicher Nähe von Einschlägen blieben die Gebäude bisher verschont. Unentwegt wird die Arbeit fortgesetzt, an eine solche Ausdauer bei Frauen und Jugendlichen hätten wir nie zu glauben gewagt.

Die feindlichen Flieger wurden anfangs mit Neugierde und Interesse beobachtet und deren Beschießung mit Schrapnellen, die ihre bekannten schönen Wölkchen am Himmel aufsteigen lassen, als Schauspiel betrachtet; täglich freisten die Flugzeuge über uns oder durchquerten auf ihren Streifzügen von Belfort nach dem Rheine und nach Baden unser Tal. Kaum erhob man zuletzt noch die Wlode, wenn das surrende Geräusch ihr Nahen meldete. Aber es sollte anders kommen. Eines Morgens, als die Leute eben ruhig zur Arbeit gingen, lösten sich plötzlich im blauen Frühlingshimmel zwei glänzende Körper von dem Flugzeuge los: ein Säulen, Fischen und ein betäubender Knall zweier Bomben, die nur wenige Meter von der Fabrik, in nächster Nähe vorüberziehender Arbeiter explodierten. Wunderbarerweise nur abgeschlagene Bäume, aufgewühltes Erdreich, lange strahlenförmige Spuren im Gras, aber keine einzige Verletzung von Personen! Das eine Flugzeug ereilte dabei sein Schicksal: über uns wurde es von einem deutschen Kampfflugzeug angegriffen, der Führer durch Maschinengewehrfeuer tödlich in Kopf und Brust getroffen, und aus 2000 Meter Höhe sauste der Apparat mit seinen Ansassen senkrecht in die Tiefe; 200 Meter von uns entfernt lag ein unförmiger Trümmerhaufen, darin vergraben die beiden zerfetzten Ansassen.

So haben wir nun seit Monaten unter den schwierigsten und aufregendsten Ereignissen die Arbeit durchzusetzen und auch unser Teil zur Erfüllung der großen Aufgaben beizutragen vermocht. In letzter Zeit haben sich die Zustände infolge der größeren Sicherheit hinter den festungsartig ausgebauten Stellungen und infolge ihrer wachsenden und tapferen Verteidigung durch unsere badischen Landwehren und Landsturmtruppen bedeutend gebessert. Die Zufuhr ist durch eine neue Bahnverbindung erleichtert. In der Bevölkerung hat sich die Zuversicht gehoben. Obwohl von Ueberfluß in einer solchen seit Monaten so schwer belasteten Gegend keine Rede sein kann, sind doch als Folge dieser fortgesetzten Arbeit gesunde und erträgliche Lebensbedingungen und die Ordnung erhalten geblieben. Die Truppen haben ihrerseits bei der Bevölkerung infolgedessen eine Aufnahme finden können, die ihnen den schweren, aufreibenden Wachdienst in den Schützengräben erleichtern hilft. Sie haben die Ueberzeugung gewinnen können, daß nicht nur das Grenzgebiet selbst, sondern auch seine wackere Bevölkerung die großen Opfer der Verteidigung wert ist.







gehen, wenn diese bestrebt ist, dafür zu sorgen, daß den Arbeitern keine schlechten Löhne gezahlt werden. Wir haben mehr wie einmal Gelegenheit gehabt, von der Militärbehörde zu hören, daß sie will, es sollen den Arbeitern auskömmliche Löhne gezahlt werden. Und die Firma Schleifische Textilwerke Methner u. Frahne kann auskömmliche Löhne zahlen, denn sie erzielte in dem am 30. Juni 1915 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Fabrikationsgewinn von 2 881 284 Mk. (i. V. 1 321 943); Grundstücke erbrachten 12 352 Mk. (12 122); der Vortrag aus dem Vorjahre belief sich auf 44 992 Mk. (45 862). Die Unkosten stellten sich auf 503 448 Mk. (403 487). Zinsen erforderten 25 374 Mk. (75 000). Für Talonsteuer wurden wieder 6250 Mk. zurückgestellt. Die Abschreibungen werden von 267 371 Mk. auf 757 959 Mk. erhöht. Darunter befinden sich 255 959 Mk. reguläre Abschreibungen und 502 000 Mk. Extraabschreibungen. Diese Extraabschreibungen werden mit der besonderen Finanzspruchnahme einiger Betriebsabteilungen aus Anlaß der ungewöhnlich starken Produktion begründet. Der Ueberfluß stellt sich auf 1 645 597 Mk. (i. V. 627 760). Hieraus sollen 14 Proz. (8 Proz.) Dividende ausgeschüttet werden, was 875 000 Mk. (500 000) erfordert. Der Reservefonds B erhält 100 000 Mk. (40 000); der Spezialreservefonds C 50 000 Mk. (—), der Unterstufungsfonds 50 000 Mk. (15 000), der Kriegswohlfahrtsfonds 100 000 Mk. Die Lantime erfordert 90 160 Mk. (27 777). Auf neue Rechnung werden 380 436 Mk. vorgezogen.

Uebrigens sei dem Herrn Dr. Frahne noch folgendes gesagt: Wenn er sagt, daß sich die Arbeitererschaft in allen Angelegenheiten an ihn selbst wenden solle, dann muß er auch dafür sorgen, daß die Arbeitererschaft zu der Erkenntnis kommt, bei Herrn Dr. Frahne gerechte Würdigung vorgetragenem Angelegenheiten zu finden. Uns wurde dieser Tage Mitteilung gemacht von einem Vorgange in der Fabrik der Schleifischen Textilwerke — es handelt sich um eine Kriegerfrau, deren Mann seit Beginn des Krieges im Felde steht, der jetzt auf Urlaub da war und für den die Frau durch Waschen und Ausbessern so in Anspruch genommen wurde, daß sie ihre Arbeit für die Schleifischen Textilwerke nur mit einem Tag Verspätung abliefern konnte und die deshalb mit Aussehen der Arbeit bestraft wurde — der, wenn wir ihn hier schildern dürften, die Militärbehörde veranlassen würde, ja veranlassen müßte, Herrn Dr. Frahne zu sagen: So behandelt man die Frau eines Kriegers nicht!

### Die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln.

Ihre zweckmäßige Verteilung und die Festsetzung angemessener Preise sind noch immer die wichtigsten innerpolitischen Fragen, die unser Volk beschäftigen. Gängt doch von ihrer richtigen Lösung zu einem guten Teile der glückliche Ausgang des Krieges mit ab. Wir sind darin sicher schon ein gutes Teil vorwärts gekommen, aber es müssen doch immer wieder viele Schwierigkeiten, die sich einer glatten Lösung von neuem entgegenstellen, überwunden werden. Der Kriegsausschuß für Konsuminteressen hatte daher auch in der letzten Zeit reichlich Gelegenheit, für die Interessen der Verbraucher energisch einzutreten. Er hatte u. a. in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern zur Behebung des recht unangenehmen Schweinefleischmangels eine Reihe zweckdienlicher Maßnahmen vorgeschlagen. U. a. verlangte er darin das Verbot des Vorverkaufs und die Einführung von Schlussschweinen im Viehhandel, eine natürliche Staffelung der Fleischpreise, die Beschränkung der Fleisch- und Wurstverarbeitung und Festsetzung von Preisen für Wurstwaren, die in einem angemessenen Wertverhältnis zum Frischfleisch stehen. Auch bei Rindern und Kalbfleisch hält er die baldige Einführung von Höchstpreisen für unbedingt erforderlich.

Der Ausschuß wandte sich auch ganz energisch gegen die neuerlichen Bestrebungen der Zuckerraffinerien auf Erhöhung der Zuckerpriese um weitere 25 Proz. Er wies dabei besonders auf die große Bedeutung des Zuckers als Fettersatz hin und bezeichnete die angestrebte Erhöhung angesichts der außerordentlichen Gewinne der Zuckerraffinerien als durchweg unberechtigt. Man kann wohl annehmen, daß die Zuckerinteressenten mit ihren Verteuerungsbestrebungen keinen Erfolg haben werden.

Nachdem neuerdings auch Höchstpreise für Gemüse festgesetzt wurden, macht sich eine große Unzufriedenheit darüber bei den Gemüsegroßhändlern bemerkbar. Sie behaupten, daß für die festgesetzten Preise kein Gemüse vom Auslande eingeführt werden kann. Demgegenüber machte der Kriegsausschuß geltend, daß die jetzigen Höchstpreise noch weit über den im Vorjahre üblichen Preisen stehen, trotzdem auch da schon anormale Zeiten waren und die vorjährigen Preise ebenfalls schon über den in der Friedenszeit üblichen Preisen standen. Man könne daher kein allzu großes Gewicht auf die Stimmung der Großhändler legen. Wenn der Handel versagt, müßten die Gemeindeverwaltungen eintreten und die ausreichende Beschaffung von Gemüse sichern.

### Streckung von Butter und Schmalz.

In einer halbamtlichen Korrespondenz heißt es: Durch die Nahrungspläne unserer Feinde haben wir einen Mangel an Fetten, und namentlich an solchen, welche zum Bestreichen des Brotes verwandt werden. Hier kann aber der Mangel ganz wesentlich behoben werden, wenn die Hausfrauen Butter und Schmalz „strecken“, d. h. denselben solche Nahrungsmittel zusetzen, welche in genügender Menge vorhanden sind, den Geschmack nicht beeinträchtigen und dem so verlängerten Fett ebenfalls einen sehr hohen Nährwert verleihen.

#### 1. Streckung von Butter.

Ein Pfund Butter wird mit 2 Pfund Quark, nachdem beides in kleinere Teile zerpfückt ist, in einer Schüssel scharf gerührt, so daß das Ganze eine einheitliche Masse wird, und danach je nach Geschmack gesalzen und wiederum nach Belieben geformt. Man kann die so gewonnene „gestreckte“ Butter auch gleich von vornherein mit Zwiebeln und Schnittlauch würzen und erhält dann eine Mischung, welche Butter

und Belag zusammen darstellt, und ebenfalls schmackhaft, bekömmlich und nahrhaft ist.

Ein anderes Mittel zur Streckung der Butter ist folgendes: Ein halbes Pfund Butter wird in etwa nußgroße Stücke zerpfückt; inzwischen wird ein Löffel Milch mit einem Eßlöffel Kartoffelmehl auf dem Feuer durcheinander gerührt und zwar so, daß die Masse heiß wird, jedoch nicht kochend. In dieser Masse wird alsdann die zerpfückte Butter hineingetan, das Ganze gleichzeitig durcheinander gerührt oder geschlagen, bis es dem Anschein nach schaumig wird; darauf läßt man die Masse erkalten und kann sie alsdann ganz wie Butter auf dem Teller oder in der Butterbüchse verwenden. Dies Erzeugnis sieht schön buttermilchig aus und hat genau denselben Geschmack wie die Vollbutter.

#### 2. Streckung von Schmalz.

Schmalz wird am zweckmäßigsten in gleicher Weise „gestreckt“ wie Butter durch Milch und Kartoffelmehl. Die Zubereitung ist die gleiche. Das Schmalz wird außerordentlich weiß, zart und wohlwärmend. Empfehlenswert ist, das Schmalz vor der Vermischung gründlich mit Zwiebel, Gewürz, Pfeffer und Lorbeerblatt je nach Geschmack zu würzen. Das Schmalz verträgt eine Streckung bis zum doppelten Quantum von Milch und Kartoffelmehl.

Es ist Pflicht jeder deutschen Hausfrau, heute unter allen Umständen dazu beizutragen, daß das vorhandene Fett für die gesamte Bevölkerung ausreicht. Es ist ein schweres Unrecht, etwa darauf zu pochen, daß man Fett, Butter und Schmalz ja bezahlen könne und deshalb nicht nötig habe, seinerseits dazu beizutragen, daß die Vorräte durch Streckung auch weiter reichen. Der Wohlhabende hat gerade heute die doppelte Pflicht, zum Besten auch der übrigen Bevölkerung auf die Befriedigung nur des Wohlgeschmacks oder der bisherigen Gewohnheiten nicht zu bestehen. Wer das nicht tut, begeht ein schweres Unrecht an sozialen Frieden und verringert die Möglichkeit des Durchhaltens im Kriege.

Die Rezepte sind ja ganz schön. Aber wo nimmt man, besonders in den großen Städten, den Quark her? Und dann ist Quark nicht etwa billig. Man verlangt in den Milchläden Berlins für 125 Gramm 25 Pf.; also für ein Pfund 1 Mk. Das ist im Verhältnis zum Wert der Butter ein exorbitant hoher Preis. Und mit dem Schmalz ist es meist so, daß man es leider schon recht stark mit Kartoffelmehl gestreckt vom Händler erhält.

### Freigabe von Baumwolle für Spindelschnurfabriken.

(Amtlich.) Berlin, den 11. Dezember. Um die inländischen Spinnereien, die nicht Baumwoll-Spinnereien sind, mit den erforderlichen baumwollenen Spindelschnüren und Selsfaktorfeilen zu versorgen, hat die Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Aussicht genommen, den Spindelschnurfabrikanten eine gewisse Menge Baumwollgarn freizugeben.

Die Spindelschnurfabrikanten sind daher durch amtliche Bekanntmachung im Reichs- und Staatsanzeiger aufgefordert worden, der Kriegs-Rohstoff-Abteilung Sektion W. II, Verlängerte Hedemannstr. 10, bis zum 20. Dezember folgende Angaben zu machen, die der Kriegs-Rohstoff-Abteilung die Berechnung der freizugebenden Garnmengen ermöglichen sollen:

1. Wieviel Kilogramm baumwollene Spindelschnüre und Selsfaktorfeile sind an deutsche Spinnereien, die nicht Baumwollspinnereien sind, abgesetzt worden:
  - a) in der Zeit vom 1. 7. 1913 bis 30. 6. 1914.
  - b) in der Zeit vom 1. 1. 1915 bis 30. 6. 1915.
  - c) in der Zeit vom 1. 7. 1915 bis 30. September 1915?
2. Welche Baumwollgarnnummern sind zur Fabrikation von Spindelschnüren und Selsfaktorfeilen verwendet worden (in welchem Mengenverhältnis) in den unter 1. genannten Zeiträumen?
3. Wieviel Kilogramm Spindelschnüre waren bei den einzelnen Firmen am 1. Dezember 1915 vorrätig?
4. Wieviel Kilogramm Baumwollgarn, das zur Spindelschnurfabrikation bestimmt ist, und zwar
  - a) dem Herstellungsverbot unterliegenden
  - b) zur beliebigen Verwendung freies Garn war am 1. Dezember 1915 vorrätig?

### Soziales.

**Prämien für kinderreiche Mütter.** Dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf sind von privater Seite 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden, deren Zinsen mit dem 1. April nächsten Jahres an kinderreiche Mütter zur Verteilung gelangen sollen. Berücksichtigung erfahren diejenigen Mütter, die seit zwei Jahren im Regierungsbezirk Düsseldorf ihren Wohnsitz haben. Der Kinderreichtum muß sich in vier gut gehaltenen Kindern ausweisen können, von denen das älteste im 14. Lebensjahr steht oder im Laufe des Jahres zur Entlassung aus der Volksschule gelangt.

**Lohnung für Verwundete und Kranke.** Zahlreiche Anfragen geben uns Anlaß, bezüglich der Löhne für Verwundete und Kranke aus den zurzeit geltenden Vorschriften folgendes zu sagen. Den in das Lazarett aufgenommenen Mannschaften verbleibt die für das laufende Monatsdrittel bereits gezahlte Lohnung. Jeder Lazarettkranke, der sich am 1., 11. und 21. des Monats in einem Militär-, Marine- oder sonstigen Lazarett irgendeiner Art, in einer lazarettähnlichen Einrichtung, wie z. B. Lazarettzug oder -schiff, Genesungsheim, Kuranstalt usw. befindet, erhält ohne Rücksicht auf die Dauer seines weiteren Verbleibens daselbst die für immobile Formationen vorgegebene Kriegslohnung für ein volles Monatsdrittel. Bei seiner Entlassung aus dem Lazarett usw. ist ihm — sofern er bis dahin noch nicht immobil geworden ist — für die Tage bis zum Schlusse des laufenden Monatsdrittels die für mobile Formationen vorgegebene Lohnung — unter Anrechnung der für diese Tage bereits empfangenen Lohnung nach dem Satze für immobile Stellen — zu zahlen. Die Zahlung und Verrechnung erfolgt durch das Lazarett. Die aus dem Felde zurückgeführten verwundeten und kranken Unteroffiziere und Gemeinen, sowie die kranken Unteroffiziere und Gemeinen mobiler Formationen, die in besonders begründeten Fällen von einem Lazarett usw. aus beurlaubt werden, sind hinsicht-

lich ihrer Gehühnisse ebenso zu behandeln wie die zur Wiederherstellung der Gesundheit beurlaubten Mannschaften. Sie haben daher für die ganze in Betracht kommende Zeit Anspruch auf die Lohnung ihres Dienstgrades nach den Sätzen mobiler oder mobiler Formationen und auf die Gewährung entsprechender Geldabfindung zur Selbstbefristung. Den im Laufe eines Monatsdrittels vom Urlaub zurückkehrenden und wieder im Lazarett usw. Aufnahme findenden Unteroffizieren und Gemeinen ist die für die Urlaubsdauer etwa zuständige mobile Lohnung bis zum Schlusse des Monatsdrittels zu zahlen oder zu belassen. Die Zahlung der Gehühnisse und ihre Verrechnung hat durch das Lazarett zu erfolgen, von dem aus die Beurlaubung stattgefunden hat. Gleiches findet auf das Etappenpersonal der freiwilligen Krankenpflege mit der Maßgabe Anwendung, daß das beurlaubte Personal die Lohnung von dem zuständigen Lazarett bezieht.

### Berichte aus Fachreisen.

**Landeshut-Volkshain.** Am Sonnabend, den 11. Dezember, fand in der Schloßbrauerei zu Kl.-Waltersdorf eine Betriebsversammlung für die in der Mechanischen Weberei Volkshain Beschäftigten statt, die den Umständen nach recht gut besucht war. Der Gauleiter Otto Fritsch referierte über das Thema: „Die Landeshuter Lohnbewegung, ihre Erfolge und welche Lehre ist daraus zu ziehen?“ Der Redner streifte zunächst die durch den Krieg geschaffene Situation der Textilindustrie, die so tief eingreifend in die Erwerbsverhältnisse der Textilarbeiterschaft ist, daß auf Drängen die Reichsregierung sich genötigt sah, etwas dagegen zu tun. Mehrere Bundesstaaten haben zum Teil vorbildliche Einrichtungen geschaffen, z. B. Bayern. Die nachahmenswerten Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge für Textilarbeiter habe die Stadt Augsburg geschaffen. In Preußen sei dagegen noch weniger geschehen. Die Verhältnisse lägen aber besonders in Schlesien so ungünstig, daß es die allerhöchste Zeit sei, daß für die besonders im Gießegebiet beschäftigte Textilarbeiterschaft, die durch die beschränkte Arbeitszeit so schwer in ihrer Existenz betroffen wird, recht bald etwas zur Besserung geschieht. Günstiger lagen und liegen noch die Verhältnisse in der Leinenbranche. Besonders die Unternehmers haben durch den außerordentlich guten Geschäftsgang kolossale Gewinne erzielt, wie dies deutlich aus den Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften Schleifische Textilwerke Methner u. Frahne und der Schleifischen Leinenindustrie (vorm. Kramja) zu ersehen ist. Für die Arbeiterschaft war dagegen trotz regelrechter Beschäftigung bei der Teuerung eine fast unerträgliche Lage geschaffen. Es wurde deshalb schon im Februar d. J. 20 Proz. mehr Lohn gefordert. Die Forderung wurde abgelehnt. Die Unternehmer gewährten nur monatliche Kriegszulagen von 4 Mk. für männliche, 3 Mk. für weibliche und 2 Mk. für jugendliche Arbeiter. Diese Sätze wurden bei der Einschränkung der Arbeitszeit auf 5 Tage auf 7 Mk. für männliche, 5,50 Mk. für weibliche und 4 Mk. für jugendliche Arbeiter erhöht. Da aber die Teuerung immer größer wurde, die Verdienste trotz der monatlichen Zulagen weder hin noch her langten, so wurde von der Landeshuter Arbeiterschaft eine Erhöhung der Löhne von 20 Proz. gefordert. Zunächst antworteten die Unternehmer nicht, erst als die Arbeiterschaft in Massen in die am 16. November einberufene Versammlung strömten, bequamen sie sich, zwei nichtsagende Antworten zu geben. Die gesamte Arbeiterschaft demonstrierte aber am 18. November durch Stillsetzen der Maschinen in so wirkungsvoller Weise, daß in dem am 20. November im Rathausaal gepflogenen Verhandlungen folgende Zugeständnisse gemacht wurden: Es erhalten männliche Arbeiter 3 Mk., weibliche 2,50 Mk. und jugendliche 2 Mk. pro Woche. Die Umwandlung der monatlichen Zulagen in wöchentliche und deren Erhöhung bedeutet eine Verbesserung. Am 24. November ist in einer in Breslau abgehaltenen Sitzung des Unternehmerverbandes beschlossen worden, daß diese Sätze für alle Leinen-Großwebereien und Leinenpinnereien Schlesiens Geltung haben. Aus dem Vorgehen der Landeshuter Arbeiterschaft ist zu ersehen, was Einigkeit vermag. Deshalb sollte überall die Lehre daraus gezogen werden, daß die Arbeiterschaft stets zusammenhalten muß. Am wirkfamsten geschieht dies in der Organisation, denn ohne diese würde auch nicht das geringste Zugeständnis erreicht worden sein. Auch die Volkshainer Textilarbeiterschaft veranlaßt ihre am 10. Dezember erstmalig erhaltene wöchentliche Kriegszulage dem Deutschen Textilarbeiterverbande durch seine Tätigkeit. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der sich anschließenden Aussprache wurde das Referat im Sinne des Referenten ergänzt. Nach Schluß der Versammlung traten eine Anzahl Besucher dem Verbands bei.

**Landeshut-Liebau.** Am 12. Dezember sprach der Gauleiter Fritsch in einer gut besuchten Betriebsversammlung in Liebau im Gasthaus „Zur Stadt Berlin“ über dasselbe Thema. Sichtlich erfreut waren die erschienenen Besucher über die zu Herzen gehenden Worte des Referenten. Da die Liebauer Unternehmer sich noch nicht zur Auszahlung der wöchentlichen Kriegszulage bequamen hatten, so wurde die Leitung der Versammlung beauftragt, an die Unternehmer heranzutreten und sie zu ersuchen, daß auch in Liebau dieselbe Zulage wie in Landeshut gezahlt wird. Auch in dieser Versammlung wurden nach Schluß der Versammlung Maßnahmen für den Verband gemacht.

## Verbandsanzeigen.

**Bekanntmachungen.**  
Vorstand.  
Sonntag, den 26. Dezember, ist der  
52. Wochenbeitrag fällig.  
**Totenliste.**  
**Gestorbene Mitglieder.**  
Augsburg. Gijansino Cocaro, Weber, 45 J., Lungentzündung.  
Hamburg. Marie Grabbert, Arbeiterin, 27 J., Entbindungsfolgen.  
Krefeld. Peter Knipprath, Weber, 63 J., Lungentzündung.  
Mühlhausen i. Th. Anna Strauchmann, Besetzerin, 39 J., Herzschlag.  
Neumünster. Wilhelm Rohwer, Arbeiter, 72 J., Lungentzündung. Franz Ludwig, Weber, 59 J., Herzschlag. Joseph Kohl, Weber, 61 J.

Mürnberg. Johann Trapp, Pflanzentier, 69 J., Herzschlag.  
**Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.**  
Berlin. Max Augentreich, Weber, 38 J.  
Falkenstein i. B. Otto Klein, 33 J. (Berichtigung: In Nr. 50 muß es statt Bohner Arno Bahner heißen.)  
Krefeld. Franz Höfer, Färber, Wilhelm Höfer, Färber. (Beide — Brüder — sind schon im Dezember 1914 gefallen, was jetzt erst bekannt wurde.)  
Langenbielau. Josef Wäfer, Weber, 31 J. Wilhelm Grünwald, Mangelgefelle, 35 J. Wilhelm Giescher, Weber, 32 J.  
Sittau. Gustav Töpfer, Gummi-bandweber, 35 J.  
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 25. Dezember

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit  $\diamond$  versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.